

Antrag auf Herstellung eines schußwaffenfreien Gerichtssaals

Hiermit beantrage ich, den anwesenden Sicherheitskräften das Tragen von Schusswaffen in diesem Saal zu untersagen.

Begründung: Waffen schaffen und sichern Privilegien. Waffen töten und verletzen. Waffen bedrohen und erzeugen Angst. § 136a Absatz 1 StPO besagt u.a.:

„Die Freiheit der Willensentschließung und der Willensbetätigung des Beschuldigten darf nicht beeinträchtigt werden durch [...] Quälerei [...].“

Der Kommentar zur StPO von Meyer-Goßner definiert Quälerei wie folgt:

„Quälerei ist das Zufügen länger andauernder oder sich wiederholender körperlicher oder seelischer Schmerzen oder Leiden, z.B. durch [...] Erzeugung von Angst und Hoffnungslosigkeit.“
(Lutz Meyer-Goßner, Strafprozessordnung, 51. Auflage aus dem Jahr 2008, Seite 575, §136a)

Es ist gerichtlich anerkannt, dass eine Schusswaffe in der Hand einer/eines Polizeibeamt_in_en eine permanente Bedrohung für die Menschen in seiner/ihrer Umgebung ist.

Dieses wurde beispielsweise 1999 in einem polizeipsychologischen Gutachten für ein Verfahren am Gericht in Nordhausen (Thüringen) festgestellt.

Das Gutachten wurde zum Zwecke der Verhinderung der Strafverfolgung von Polizisten, in diesem Fall der Nichtverfolgung eines Mordes durch Uniforme erstellt und gerichtlich in der Weise anerkannt, dass das Urteil darauf basierte.

Nach diesem nicht für konkrete, sondern für alle PolizeibeamtInnen geltenden Gutachten könne sich bei diesen im Erregungsfall unbemerkt der Zeigefinger krümmen (das Gutachten spricht hierbei von einer "vegetativen Reaktion").

Diese Gefahr besteht nach dem Wortlauf des Gutachten sichtbar immer, auch wenn das Gutachten in einem konkreten Prozess gegen zwei Polizeibeamte gefertigt wurde, die in Nordthüringen einen Rentner grundlos erschossen. Die Polizisten wurden planmäßig freigesprochen, jedoch ist das benannte Gutachten verallgemeinerbar.

Erschwerend kommt hinzu, dass PolizeibeamtInnen die Menschen erschießen (oder in anderer Weise misshandeln) in der Regel nicht mit juristischen Konsequenzen zu rechnen haben:

„Gegen Berliner Polizisten wurde in den vergangenen Jahren häufig wegen des Vorwurfs der Körperverletzung im Amt ermittelt: allein 636 Mal im Jahr 2008. In 615 Fällen stellte die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen ein, sechs beschuldigte Beamte wurden freigesprochen, verurteilt wurde nicht einer. 2007 gab es eine Verurteilung. Die Zahlen sind seit Jahren ähnlich.“
(„Anonymität schützt Polizisten“, FR vom 14.09.2009)

Dadurch sinkt bei PolizeibeamtInnen die Hemmschwelle Gewalttaten zu begehen.

Diese Bedrohung erzeugt bei mir Angst und schränkt mich in meiner Verteidigungsfähigkeit ein. Daher beantrage ich, das alle PolizeibeamtInnen in diesem Gerichtssaal entweder ohne Dienstwaffe oder ohne Zeigefinger zu erscheinen haben (was ihnen wichtiger ist, sei jedem/jeder Beamt_in_en selbst überlassen).

Ich beantrage zum Antrag einen Gerichtsbeschluss.

Name, Unterschrift